

Bushs Irakkrieg als gegenrevolutionäre Herausforderung (auch) der Bildung

(In: Jahrbuch für Pädagogik 2004. Globalisierung und Bildung. Redaktion: Gerd Steffens und Edgar Weiß. S. 375 – 386)

Mitte des Jahres 2004 mochte selbst George Bush die Lage im Irak nicht mehr unumwunden für gut erklären. Ein Jahr nach dem triumphalen „Mission-Accomplished“-Auftritt auf dem Flugzeugträger „Abraham Lincoln“ musste Bush einräumen, dass die Situation „manchmal chaotisch“ erscheine (Frankfurter Rundschau, 26. 5. 2004). Da dieses Zugeständnis nicht ohne die Suggestion einer anderen, besseren Wirklichkeit hinter den hässlichen Erscheinungen auskam, schloss sich auch diese Rede noch an einen beunruhigenden Stil von Politik an, der der Bush-Administration von Anfang an, ganz ausgeprägt nach dem 11. 9. 2001, eigen war. Bei aller imperialen Überhebung, der auch andere US-Präsidenten fähig waren, hatte doch keiner von ihnen geglaubt, dass Wunsch und Wort des US-Präsidenten die wahre Wirklichkeit der Welt definiere oder gar hervorbringe. Wo der Realismus der Macht – das in den USA nahezu unumstrittene Paradigma der Politik und ihrer Analyse – in einen sendungsbewussten Konstruktivismus umgeschlagen ist, kann nüchterne Bilanzierung nur in dem Maße erwünscht sein, wie sie die Kuppel an vertrauensseliger Gläubigkeit stabilisieren mag, unter der der amerikanische Präsident seine Wiederwahl erhofft.

Ob diese Kuppel bis November halten wird, scheint derzeit äußerst fraglich. Sogar amerikanische Medien beginnen mittlerweile, ihren Beitrag zu jenen manipulativ hergestellten Wirklichkeiten selbstkritisch aufzuarbeiten (El País, 26. 5. 2004). Die allenthalben aufgemachten Zwischenbilanzen (vgl. etwa Ignatieff 2004; Zumach 2004; El País, 23. 5. 2004, S. 2 f.; Le Monde, 26. 5. 2004; Frankfurter Rundschau, 26. 5. 2004) registrieren jedenfalls derzeit in allen Hinsichten geradezu desaströse Fehlschläge und äußerst beunruhigende Entwicklungen:

Massenvernichtungsmittel: Auch 1400 amerikanische Experten haben in monatelanger Suche den offiziellen Kriegsgrund – Produktion, Lagerung und eventuelle Weitergabe von Massenvernichtungsmitteln – nicht zutage fördern können. Wohl aber fördern Untersuchungsausschüsse und Presse immer neue Details zutage, die die Bedenkenlosigkeit der amerikanischen und britischen Regierung bei der manipulativen Konstruktion angeblicher Realitäten belegen (Leyendecker 2004, S.123 ff.; Johnson 2003, S. 307 f. u. 413 ff.).

Präventivkrieg gegen den Terrorismus: Der Irakkrieg bildete den ersten Anwendungsfall der für den Weltkrieg gegen den Terrorismus entworfenen Nationalen Sicherheitsstrategie der USA vom September 2002 (National Security Strategy – NSS 2002), auch wenn die offizielle Rechtfertigung des Krieges auf äußerst weit gedehnte Auslegungen von Sicherheitsratsresolutionen zum Irak seit 1990 zurückgriff. In NSS 2002 ist ein Konzept von präventiver Kriegsführung entwickelt worden, das mit den kriegsvölkerrechtlichen Einhegungen des Kriegs radikal bricht. Die USA haben mit dieser auch durch den Kongress gebilligten Richtlinie nicht nur den bisherigen UN-Standard außer Kraft gesetzt, nach welchem militärische Gewaltanwendung nur auf Grundlage eines Sicherheitsrats-Beschlusses oder als Selbstverteidigung gegen einen erfolgten Angriff legitim ist, ein Präventivkrieg also grundsätzlich nicht zulässig ist. Darüber hinaus werden auch die in der langen „westfälischen“ Phase des Kriegsvölkerrechts geschaffenen Eingrenzungen des Rechts zu präventivem Vorgehen, also zu einer

zuvorkommenden Abwehr eines unmittelbar und manifest bevorstehenden Angriffs durchbrochen, indem ausdrücklich die Bindungen sowohl an den zeitlich unmittelbaren Zusammenhang wie an die Sichtbarkeit der Bedrohung aufgehoben wurden (Müller, S. 133 ff.). Damit ist durch NSS 2002 ein zeitlich, räumlich und sachlich entgrenztes Recht der „antizipatorischen Selbstverteidigung“ (NSS 2002 in Tudyka, S. 140) beansprucht worden, welches in seiner ersten Anwendung auch noch in seinem allerletzten Bindungsrest, nämlich Selbstverteidigung zu sein, blamiert worden ist, da die angebliche Bedrohung durch Massenvernichtungsmittel sich als reine Erfindung erwiesen hat.

Regimewechsel und Demokratisierung des Irak: Dass der Sturz des Saddam-Regimes den Startschuss einer Demokratisierung des Irak im Selbstlauf (und am besten gleich auch des gesamten mittelöstlichen und arabischen Raumes) sein würde, war auch im Vorfeld des Krieges als extrem leichtfertige Annahme erkennbar und begründete zu einem guten Teil ja Skepsis und Kritik der deutschen und französischen Regierung. Dass darüber hinaus die US-Regierung für den Fall des Ausbleibens selbstlaufender Demokratisierung keinerlei Konzept hatte, zeigte sich rasch. Das desaströse Ausmaß der Fehleinschätzung ist gegenwärtig nicht nur daran zu ersehen, dass es nach eigenem Eingeständnis jetzt viel mehr um elementare Sicherheit als um Demokratie gehe (El País, 16. 5. 2004, S. 2 f.), sondern auch an der verzweifelten Hoffnung, dass es der sonst verhassten UN gelingen möge, bis zum 30. 6. 4 eine von den wesentlichen Kräften des Irak anerkannte Regierung zustande zu bringen und dieser Regierung ebenso wie der Fortdauer der militärischen Besetzung des Landes durch eine Sicherheitsrats-Resolution Legitimation zu verleihen.

Menschenrechte: Die durch zahlreiche Fotos dokumentierten Folterungen und Erniedrigungen von irakischen Gefangenen haben auch den Anschein einer moralischen Rechtfertigung der Besetzung und Neuordnung des Irak zerstört, die bis dahin in der Abscheu vor der Saddam-Diktatur ein gewisses Fundament hatte. Angesichts der offenbar großen Zahl solcher Fotos, die Häftlinge in Zuständen demonstrativer Erniedrigung zeigen, angesichts der schon früher den US-Behörden vorgelegten, jetzt bekannt gewordenen IKRK-Berichte über solche Praktiken (IKRK 2004), angesichts der Übertragung der „afghanischen Methode“, des Systems Guantánamo also, auf den Irak (Kleine-Brockhoff 2004), in welchem durch völlige Rechtlosstellung, Folter und demonstrativ geübte Willkür die Persönlichkeit der Gefangenen gebrochen werden soll, wirken die Versuche der Bush-Administration, Ursache und Schuld an moralische Defekte einiger Armee-Angehöriger zu delegieren, bis in die republikanische Anhängerschaft hinein ungläubwürdig. Unabhängig davon, bis in welche militärischen und politischen Ränge Mittäter- oder Mitwisserschaft nachgewiesen werden kann, lässt sich sagen, dass Erniedrigung und Folter logisch aus der Anlage eines rechtlich entgrenzten „Kriegs gegen das Böse“ in einer moralisch aufgespalteten Welt (s. dazu weiter unten sowie Walzer 2004) folgen.

Kampf gegen den Terrorismus: Unter dem Aspekt eines Kampfes gegen den islamisch-fundamentalistischen Terrorismus erweist sich der Irakkrieg als völlig disfunktional, ja kontraproduktiv. Schon vor dem Krieg musste allein aus der Perspektive informierter Zeitgenossenschaft die Vermutung einer Verbindung zwischen Saddam Hussein und Al Qaida – eine der Kriegsbegründungen – als ziemlich abwegige Konstruktion erscheinen – was jetzt die US-Untersuchungskommission bestätigt hat (Frankfurter Rundschau, 18. 6. 2004); nun hat der Krieg selbst den Irak für Al Qaida als ideales Kampf- und Rekrutierungsfeld geöffnet, bietet Gelegenheiten für vorher nicht denkbare Allianzen und in den Praktiken der Besatzungsmächte reichhaltigste Ressourcen der Legitimation (Mohr

2004). Der Irakkrieg hat Al Qaida aus einer Terrorgruppe mit der Fähigkeit zu äußerst wirkungsvollen punktuellen Schlägen in eine politische Macht mit koordiniertem, strategisch präsentem, weil stets aktualisierbarem Einfluss verwandelt.

Nahostkonflikt: Auf amerikanischer Seite waren mit dem Irakkrieg in dieser Hinsicht zwei Hoffnungen verbunden: Ein erfolgreich demokratisierter Irak würde als positives Leitbild der Neuordnung wirken und gemäßigte Kräfte im arabischen Lager ebenso stärken wie die wirkungsvolle Niederschlagung des Hussein-Regimes radikale und terroristische Kräfte entmutigen und schwächen würde. Statt dessen hat der Irakkrieg den Konflikt weiter entgrenzt, indem er seine Deutung als Teil religiös-kultureller Weltkonflikte begünstigte, hat die extremistischen Lager auf beiden Seiten gestärkt sowie die Bush-Administration in offenen Gleichschritt mit dem militanten Kurs Scharons versetzt und somit um ihre Glaubwürdigkeit gegenüber der einen und gegenüber der anderen Seite um ihre Fähigkeit des Erzwingens gebracht.

Öl: Ohne Zweifel waren Sicherung und Ausbau der Kontrolle über die mittelöstlichen Ölreichtümer – sowohl im trivialen Sinn privater Aneignung wie im geostrategischen Sinn – ein wichtiger Grund für die Besetzung des Irak, insbesondere für die Hartnäckigkeit, mit der die USA an einer langfristigen militärischen Präsenz bislang festhalten (Scherrer 2003, Johnson 2003, S. 225 ff. u. 289 ff.). Allerdings bezahlen sie dafür offenbar mit einem Verlust an Kontrolle in anderen Kerngebieten der Ölförderung, vor allem in Saudi-Arabien, wo die terroristischen Aktivitäten gegen Einrichtungen der Ölproduktion und hier beschäftigte westliche Ausländer sprunghaft zunehmen.

Weltordnungskrieg: Über die materielle Veränderung geostrategischer Positionen zugunsten der USA hinaus zielte der Irak-Krieg auf einen grundlegenden Paradigmen-Wechsel in der Weltpolitik (M. Mann 2003, S. 314 ff.; Tudyka 2003, S. 39 ff.; Habermas 2004, S. 178 ff.). Das politische und militärische Handeln der einzig verbliebenen Supermacht sollte weltweit nicht nur von völker- und menschenrechtlichen Bindungen, sondern auch von partnerschaftlichen Rücksichten freigestellt werden. Der dafür maßgebliche Denkansatz besteht darin, Wechselseitigkeit als Basisregel der Beziehung zwischen Staaten *und* zwischen Individuen außer Kurs zu setzen, moralischen Universalismus als Grundnorm also aufzugeben und durch eine strikte Trennung von Binnen- und Außenmoral zu ersetzen. Der rechtlos gestellte, seiner Qualität als Person entkleidete Guantanamo-Mensch ist nur der sinnfällige Ausdruck einer aus der Perspektive der Supermacht vorgenommenen Aufspaltung der Welt in Sphären unterschiedlicher moralischer und rechtlicher Standards. Aus der Zugehörigkeit zur Gattung an sich erwachsen nach dieser Sicht der Dinge keine subjektiven Rechte auf Gleichheit, Anerkennung und Respekt mehr. Der Gedanke der Menschenrechte ist mithin suspendiert. Mit dieser vielleicht beunruhigendsten Seite der sich im Irakkonflikt bündelnden Entwicklungen werde ich mich im folgenden unter zwei Aspekten beschäftigen: der geschichtspolitischen und politiktheoretischen Konzeptualisierung dieses „gegenrevolutionären Angriffs auf die Weltordnung“ (Tudyka 2003, S. 41) und der damit einhergehenden Entmächtigung der Subjekte, deren politische Sozialisation von Teilhabe und Autonomie auf Gefolgschaft und Unterordnung umgestellt werden soll.¹

Eine epochale Wende: Aufkündigung des moralischen Universalismus?

Wie Weltsicht und Geschichtsdenken der neokonservativen Gruppe von rechten Politikern und Intellektuellen, die eine Art Lenkungsausschuss der US-Regierung

bilden (Mann 2003, S. 12ff.; Czempiel 2002, S. 94 ff.; Leyendecker 2004, S. 29 ff.), sich in politischer Strategie und Regierungspraxis verknüpfen, hat niemand deutlicher als Robert Kagan (2003) offengelegt. Unter seinem ganz auf Machtpolitik und deren staatliche Akteure zentrierten Blick entsteht ein eigentümliches Bild der Geschichte des 20. Jahrhunderts, frei von gesellschaftlichen Kämpfen um Interessen, Anerkennung und Zugehörigkeiten, frei von konkurrierenden Gesellschaftsentwürfen und Ordnungskonzepten, von politischen Strömungen und Parteien oder von Massenbewegungen und ihren Akteuren, eine Art Legoland der Kabinettpolitik. Als historische Folie verwendet lässt eine derart von gesellschaftlichen Zielen und Auseinandersetzungen entkoppelte staatliche Machtpolitik etwa von der Geschichte des Nationalsozialismus nichts anderes zurück als den Begriff des „Appeasement“ als Metapher für die Ursünde gegen den Geist der Machtpolitik und als einzig zugelassene historische Lerngelegenheit. „München“, nicht „Auschwitz“ ist in dieser Sicht der Dreh- und Angelpunkt der neueren Geschichte, und daher ist „die ‚Lektion von München‘ [...] immer noch das bestimmende Paradigma“ für „das strategische Denken der USA“ (Kagan 2003, S. 107), offenbar ganz ungeachtet des nicht unbeträchtlichen Unterschiedes, ob, wie in München, ein Diktator im vollen Aufwind eines aggressiven Expansionismus handelt oder ob die Handlungsfelder diktatorischer Politik wie im Falle des Irak bereits auf – von außen zudem rigoros überwachte – Restbestände zusammengedrückt worden sind.

Demgegenüber ist in Europa die Erfahrung der beiden Weltkriege ganz anders, nämlich nicht als Folge von zu wenig Machtpolitik, sondern als Folge eines Exzesses von Machtpolitik interpretiert worden. Eben dieses Verständnis der eigenen Geschichte hat die Europäer in den Augen Kagans aber nicht über sich selbst aufgeklärt, sondern sie in einen „geopolitischen Traum“ versetzt. Nicht Macht, sondern die Überwindung von Macht und die Unterwerfung aller zwischenstaatlichen Beziehungen unter die Herrschaft des Rechts wolle Europa nun als seine „mission civilisatrice“ anbieten (Kagan 2003, S. 72).

In der Sicht der amerikanischen Neokonservativen ist eine verständigungsorientierte, auf das Medium des internationalen Rechts zentrierte Politik eine reine Defizitform von Politik, nur deshalb verständigungsorientiert und rechtsförmig, weil sie mangels eigener militärischer Mittel nicht machtförmig sein kann. Dieses im Kern naturalistische Verständnis von Politik, nach welchem Menschen und Staaten gleichsam als Automaten der Natur nach Maßgabe von Stärke und Schwäche aneinander handeln, wird bei Kagan – anders als bei Hobbes – nicht vertragstheoretisch balanciert. Während dort das wechselseitig unterstellte Interesse an Selbsterhaltung zur Grundlage der vereinbarten Unterwerfung unter das Gewaltmonopol des Staates wird und damit der ‚Kampf aller gegen alle‘, d. h. die Praxis, Konflikte durch Gewalt zu entscheiden, stillgestellt wird, wird diese Praxis in den Argumentationen von Kagan gerade geöffnet.

Die „Hobbessche Welt“, als deren Held Kagan die USA auftreten lässt, ist jedoch gerade nicht die Welt von Hobbes, in der alle schließlich entdecken, dass das Problem, das jeder einzelne hat, das Problem aller ist und in der diese Entdeckung die Lösung bringt, sondern es ist eine streng zweigeteilte Welt von Drinnen und Draußen, in der es eine grenzüberschreitende Wirkung von Wechselseitigkeit nicht gibt. Die Unterscheidung von Drinnen und Draußen, Freund und Feind, „wir“ und „sie“ als Basisentscheidung der Weltkonstruktion ist notwendig mit einer klaren Trennung von Binnenmoral und Außenmoral verknüpft, und die moralischen Regeln, die das Binnenleben homogenisierter Gemeinschaften oft mit hoher Intensität von Wechselseitigkeit und Solidarität ausstatten, gelten gerade nicht im Umgang mit der Außenwelt. Es ist das geteilte Einverständnis in diese Spaltung der moralischen Welt

und seine Bekräftigung in der moralischen Alltagspraxis, welches die hohe Kohäsion streng abgegrenzter Binnengesellschaften, wie z. B. der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft, bewirkt.

Eine solche moralische Aufspaltung der Welt in Sphären regelgesicherter Wechselseitigkeit und Anerkennung einerseits und der Rechtlosigkeit oder minderen Berechtigung andererseits *nicht wieder zuzulassen*, ist der Kern eines politisch-moralischen Konsenses gewesen, der in der Nachkriegszeit sich weithin durchgesetzt hatte. Er hat sich in Europa in den historischen Selbstreflexionen ehemals faschistischer Gesellschaften und kolonialistischer Staaten sicher besonders prägnant und mit gesellschaftlicher Tiefenwirkung ausgeprägt, war aber keineswegs auf Europa beschränkt. Die allseitige Anerkennung der moralischen Unteilbarkeit der Welt war nicht nur die moralische und legitimatorische Grundlage der antikolonialen Befreiungsbewegungen ebenso wie innergesellschaftlicher Emanzipationskampagnen, sondern sie bildete auch den selbstverständlichen und konkurrenzlosen Legitimationsrahmen für die Politikentwürfe beider Lager im Zeitalter der Systemkonkurrenz.

Es ist eben dieser *Nachkriegskonsens eines nicht hintergehbaren moralischen Universalismus, der in den Argumentationen von der amerikanischen Neokonservativen zur Disposition gestellt wird*. Die Herausforderung bestehe „darin, sich an den Gedanken der Doppelmoral zu gewöhnen“. „Im Umgang miteinander“, so der Vorschlag für die neue Grundnorm der Weltpolitik, „halten wir uns an Recht und Gesetz, doch wenn wir im Dschungel agieren, müssen wir uns nach den Gesetzen des Dschungels richten“ (Kagan 2003, S. 86).

Überdeutlich signalisiert der Rückfall in die Bilderwelt primitiver Rechtfertigungen des Kolonialismus – ebenso wie der originalsprachliche Gebrauch hochsymbolischer und epochaltypischer Begriffe wie „Machtpolitik“ oder der Rückgriff auf einen Denkstil, der zu vorbehaltlosen Freund-Feind-Strukturierungen der politischen Welt zwingt – den Wunsch, Europa möge zu einem politischen Selbstverständnis zurückkehren, welches weder durch die Massaker des 1. Weltkrieges, noch durch Auschwitz oder den deutschen Vernichtungskrieg im Osten oder die kolonialen Unterdrückungspraxen und Befreiungskämpfe berührt ist. Und weil Europa bislang nicht bereit ist, im Umgang mit der außereuropäischen Welt, wie der von Kagan zitierte Blair-Berater Cooper unverblümt sagt, „auf die rauerer Methoden einer früheren Epoche zurück(zu)greifen – Gewalt, Präventivschlag, Täuschung und was sonst noch notwendig sein mag“, müssen die Vereinigten Staaten in der Logik Kagans dies umso mehr: „Sie sind gezwungen, die Einhaltung gewisser internationaler Abkommen zu verweigern, die ihre Fähigkeit, in Robert Coopers Dschungel erfolgreich zu kämpfen, beeinträchtigen könnten. [...] Sie müssen mit einer Doppelmoral leben“ (Kagan 2003, S. 87 u. 117).

Citoyen bleiben oder Untertan wieder werden?

Wenn Wechselseitigkeit nicht mehr als selbstverständliche Grundlage aller rechtlichen und politischen Beziehungen anerkannt ist (wie sehr auch in einzelnen Handlungen dagegen verstoßen werden mag), sondern als Gunst des Mächtigen selektiv und von Fall zu Fall nur gewährt wird, zerbricht der bisherige regulative Bezugsrahmen von Politik. Dieser nach dem 11. 9. und insbesondere mit dem Irak-Krieg demonstrativ herbeigeführte Politikwandel wirkt *auf allen Ebenen* des politischen Prozesses, nicht nur auf der verhältnismäßig hell ausgeleuchteten Bühne der internationalen Politik. Was auf der Ebene der Internationalen Beziehungen als

Angriff eines imperialen Unilateralismus auf den Multilateralismus völkerrechtlich geordneter Beziehungen beschreibbar ist, stellt mit der Aufkündigung eines partnerschaftlichen Beziehungsmusters durch die Supermacht nicht nur Regierungen vor eine nötige Wahl zwischen Gefolgschaft und Stigmatisierung. *Vielmehr wirkt das Konzept einer moralischen Zweiteilung der Welt, der Unterscheidung von Drinnen und Draußen, Freund und Feind als Matrix aller politischer Beziehungen und betrifft deshalb auch die Individuen als Subjekte der politischen Willensbildung innerhalb der Staaten.* Es stellt sie vor die Wahl zwischen Gefolgschaft und Teilhabe, Anpassung und Widerstand, also vor die Frage, ob sie „citoyens“ bleiben oder „Untertanen“ wieder werden wollen.

Es war ja die von Kagan aufgerufene Welt der deutschen Machtpolitik, die auch die subjektive Entsprechung des Machtstaats, den „Untertan“, hervorgebracht hat, dessen meisterhafte satirische Beschreibung durch Heinrich Mann sich so weitgehend mit der Wunschvorstellung der kaiserlichen Elite deckte. In der erzählenden Analyse des autoritären Charakters als der individuellen Passform der machtsstaatlichen Ordnung zeichnete Mann den „Untertan“ eben nicht nur als ein Resultat von Erziehung und Milieu, sondern auch *als sich ständig erneuerndes Produkt der öffentlichen Repräsentation von Macht.* In dieser Welt bildeten nicht Diskurse gesellschafts- oder klassenbezogener Selbstverständigung, sondern der Kult autoritärer, selbstbezüglicher Macht das primäre Medium politischer Sozialisation.

„Auf dem Pferd dort, unter dem Tor der siegreichen Einmärsche, und mit Zügen steinern und blitzend, ritt die Macht“, heißt es in Manns „Untertan“ (H. Mann 1964, S. 47), und wer sah 2003 nicht wie in einem parallelen Film Bush und Blair zur Pressekonferenz schreiten, leicht gegeneinander versetzt, ebenfalls „blitzend“ und mit angewinkelten Armen, die Hände optimal zum imaginären Halfter. „Sie haben den Film ‚High Noon‘ gesehen? Wir sind Gary Cooper“, sagt Donald Kagan, Vater von Robert und einer der neokonservativen Doyens (Augstein 2003). Der kaiserliche Schauspieler Wilhelm II schuf noch selbst ein Leitbild aggressiver Männlichkeit, Bush (und Blair) besetzen als Schauspieler des Schauspielers das Körperbild des Westernhelden, dessen sportive Bereitschaft zu töten die Dinge wieder unter Kontrolle bringt. Alle Gründe für den Irak-Krieg, meinte Norman Mailer, laufen schließlich auf einen hinaus: die Moral der sozialen Schlüsselgruppe, des weißen amerikanischen Mannes, zu heben (Mailer 2003).

„Wir können nur Vermutungen darüber anstellen, worin die Agenda unserer Regierung besteht. [...] Wir haben wirklich keine Ahnung.“ (Rorty 2003) Solche Ratlosigkeit verdankte sich einer beispiellosen Distanz zwischen Tragweite der Handlung und Dürftigkeit der Begründung. Einen Krieg zu führen, der für jedermann offenkundig den Tatbestand eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges erfüllt, setzt, so sollte man meinen, starke und beweissichere Gründe der zumindest nachträglichen Rechtfertigung voraus. Nichts davon, wie bekannt, im Fall des Irak-Kriegs. Jeder angeführte „Beweis“ konnte von kompetenter Seite sofort bezweifelt oder sogar widerlegt, jede politische Begründung mit starken Argumenten in Frage gestellt werden.

Die katastrophalen Flops (Le Monde, 17. 7. 2003; Die Zeit 17. 7. 2003; jetzt Leyendecker 2004, S. 123 ff.) von der plagiierten, zudem veralteten Diplomarbeit (Blair-Dossier und Powells „Beweis-Präsentation“ am 5. 2. 2003 vor dem Sicherheitsrat) über den mittels gefälschter Dokumente erfundenen Urankauf in Niger (Bushs Rede an die Nation 20. 1. 2003, wobei nicht störte, dass durch eine eigene Untersuchung die Fälschung bereits ein Jahr zuvor aufgedeckt worden war), über die fahrbaren „Bio-Waffen-Labors“ (Powell – Präsentation v. 5. 2. 2003) bis zu den

angeblich binnen 45 Minuten einsatzbereiten irakischen Massenvernichtungswaffen (Blair-Dossier v. 24. 9. 2003) hinterließen bei ihren Urhebern offenbar weder Scham noch Reue.

Ganz unumwunden gestand der stellvertretende US-Verteidigungsminister Wolfowitz, der als Architekt der amerikanischen Irak-Politik gilt, einige Wochen nach Kriegsende in einem Interview, die Massenvernichtungswaffen des Irak seien keineswegs der wichtigste Kriegsgrund gewesen, sondern aus „bürokratischen Gründen“ (!) in den Vordergrund geschoben worden, weil „es der eine Grund war, dem jeder zustimmen konnte“ (Darmstädter Echo, 31. 5. 2003). Solche provokativen Dethematisierungen einer Frage, die vor dem Kriegsgang mit existentieller Dringlichkeit ausgestattet worden war, führen unüberhörbar eine Botschaft der Nicht-Achtung mit sich. Den Adressaten wird verweigert, worauf Kommunikation als Verständigung nur aufbauen kann: die Zuerkennung eines partnerschaftlichen Status, der Berechtigung, zu verstehen, Konsistenz und Widerspruchsfreiheit einzufordern, mithin die Bildung eines gemeinsamen Horizonts auf der Grundlage geteilter Regeln der Geltung. Während die nach dem Prinzip der Doppelmoral aus der Sphäre der Wechselseitigkeit Ausgeschlossenen als „Schurkenstaaten“ oder als „schlechte Menschen“ (Bush über die Gefangenen in Guantánamo; Frankfurter Rundschau, 19. 7. 2003) aus dem Geltungsbereich des Rechts gedrängt werden, zielt die Verweigerung von *kommunikativer* Wechselseitigkeit insbesondere auf diejenigen, deren rechtlicher Status bislang nicht in Zweifel gezogen werden kann: die demokratischen Staaten der nordwestlichen Welt und deren Bürger.

Im Umgang mit diesen Staaten hat die US-Administration ihre Verkehrsform ohne viel Federlesens vom (jedenfalls grundsätzlich beachteten) Modus der Partnerschaft auf einen Modus der Gefolgschaft umgestellt. Handlungsleitend im Modus der Gefolgschaft sind bekanntlich nicht Einsicht und Überzeugung, sondern vorbehaltlose Treue gegenüber dem Herrn, dem man „durch Dick und Dünn“ ohne eigene Prüfung von Richtigkeit oder Recht folgt. Die atemberaubende Verknüpfung modernster Technologie und beispielloser militärischer Macht mit den Verkehrsformen einer vormodernen sozialmoralischen Ordnung verweist auf den konservativ-revolutionären Doppelcharakter dieser Politik und deren tiefgreifende Folgen: wenn politische Entscheidungen sich nicht mehr in Diskurs und Argumentation rechtfertigen müssen, sondern ihre Geltung durch Gefolgschaft gesichert wird, revidiert dies die Grundregel, der alle politischen Beziehungen bis zu den Teilhabeprozessen der Bürger folgen.

Auf nahezu skurrile Weise schlug sich dieser Paradigmenwechsel von „Teilhabe“ zu „Gefolgschaft“ in einer quasi-höfischen Ordnung des symbolischen Zugangs zur Macht nieder, die an die Auszeichnung erinnert, die die Anwesenheit beim Levée des „Sonnenkönigs“ bedeutete. Wer wann mit Bush telefoniert hat oder ihm hat die Hand schütteln oder gar – etwa durch ein „presidential drop-in“ (Roland Koch; Frankfurter Rundschau, 17. 5. 2003) – für einige Minuten mit ihm die Atemluft hat teilen dürfen, galt willigen Medien auch hierzulande als Nachricht über den eigentlichen Stand der Dinge. Andere Register erinnerten an die brutaleren Seiten traditionaler Erziehungsverhältnisse. Lob und Tadel, einschließlich der Androhung von „ernsten Konsequenzen“ und „Bestrafungen“ (El Mundo, 24. 4. 2003) wurden in der Manier eines Oberlehrers der Weltgeschichte verteilt. Während Länder wie Spanien, die den Krieg unterstützt haben, so Colin Powell, „beruhigt sein können, weil sie sich auf der richtigen Seite der Geschichte befinden“, sollte Frankreich, weil es „keine konstruktive Rolle“ gespielt habe, offenbar in eine Art Vorhölle der Schurkenstaaten versetzt werden (ebd.).

Auf einer anderen Ebene griff in die Struktur einer Geltung prüfenden und erzeugenden Öffentlichkeit eine Sprechhaltung ein, die ihre Äußerungen stets mit der Botschaft unbestreitbarer Gültigkeit einfärbte. Die Rhetorik der unbestreitbaren Geltung zeigte sich im Kommunikationsverhalten der US-Administration *und* ihrer Verbündeten in zwei charakteristischen Ausprägungen: in der Verweigerung von Konsistenz, also von logischer Stimmigkeit und zeitlicher Festigkeit der eigenen Aussagen, wie sie im Spiel der Kriegsgründe à la carte besonders deutlich und provozierend hervortrat, und in dem demonstrativen Anspruch, durch eigene Aussagen Wirklichkeit zu definieren und sie zugleich der Nachprüfbarkeit zu entziehen, indem Beweis- oder Begründungspflichten offensiv negiert werden. Diese Variante von Definitionshoheit mit offensiver Begründungsverweigerung pflegte etwa der spanische Regierungschef Aznar, der sich noch im August 2003 schlicht weigerte, in einer eigens einberufenen Sondersitzung des spanischen Parlaments zur Entsendung spanischer Truppen in den Irak und ihrer Situation dort Stellung zu nehmen (El País, 20. 8. 2003). „Halten Sie ein, José Maria Aznar“, hatte schon im März 2003 Baltasar Garzón, der durch seine Ermittlungsverfahren gegen Pinochet, die ETA und Al Qaida bekannte Ermittlungsrichter, dem Ministerpräsidenten zugerufen. Nie habe er „einen vergleichbaren Grad von Zynismus bei gewissen politischen Führern“ wahrgenommen, die jedes Mittel der Demagogie und Manipulation nutzten, um „tiefe Verwirrung in den Köpfen der Bürger“ zu stiften (Le Monde, 11. 3. 2003).

Was die leidenschaftliche Intervention Garzóns im März 2003 ausgelöst hat, war die faktische Negation der Staatsbürger-Rolle in der Regierungspraxis der spanischen wie der US-Regierung. Zu deren Ausübung wäre eben das erforderlich gewesen, was diese Regierungen ihren Bürgern vorenthielten: ein gemeinsamer und verlässlicher Rahmen des Verständnisses dessen, was der Fall ist. Stattdessen, so Garzón, verachten die Regierenden Tag für Tag die, die sie gewählt haben, indem sie sie „zwingen, eine nicht-existierende Realität und einen Stand der Dinge zu akzeptieren, der in allen Stücken durch einen von ihnen hergestellt worden ist, um den Albtraum zu rechtfertigen, den gegenwärtig fast alle Länder der Erde durchleben“. Garzón deutete, gewiss nicht zu Unrecht, die weltweiten Demonstrationen des 15. Februar 2003 gegen den bevorstehenden Irakkrieg nicht nur aus der verbreiteten Sorge um den Frieden, sondern auch als „authentische Rebellion“ der citoyens. Was sie am 15. Februar verteidigt haben, so ließe sich hinzufügen, waren nicht nur Friede und internationale Rechtsordnung, sondern auch die Kernvoraussetzung staatsbürgerlichen Selbstbewusstseins: dass es einen nicht antastbaren Bestand an Regeln überindividueller Geltung gäbe, durch die die Urteilsfähigkeit der Subjekte sich auf einen Horizont von Objektivität und Welt beziehen könnte, dem die Regierenden gleichermaßen unterworfen wären. Die Herausforderungen des weltpolitischen Paradigmenwechsels von Partnerschaft zu Gefolgschaft, von Wechselseitigkeit zu Doppelmoral, von Geltungsdiskursen zu begründungsfreier Definitionsmacht stürzen also nicht nur das System des internationalen Rechts und der internationalen Beziehungen in eine Krise, sondern auch – am anderen Ende, an der „Basis“ – die Staatsbürgerschaft als subjektive Form der Demokratie, also das Vermögen der Individuen, citoyens sein zu können. Auch wenn die Demonstrationen des 15. Februar 2003 als Aufbegehren der citoyens gedeutet werden können, auch wenn in den westeuropäischen Ländern Ablehnung und Skepsis gegenüber der Irak-Politik als Exempel der weltpolitischen Herrschaftspraxis der US-Regierung weiter angewachsen sind, auch wenn die spanischen Wähler im März 2004 die Regierung Aznar demonstrativ abgewählt

haben, ist auch gerade im Hinblick auf die subjektiven Voraussetzungen der Demokratie der Ausgang der Krise offen.

Literatur

- Augstein, Franziska: Amerika für alle. In: Süddeutsche Zeitung, 12./13. 4. 2003
- Czempiel, Otto: Weltpolitik im Umbruch. München 2002
- Habermas, Jürgen: Der gespaltene Westen. Frankfurt am Main 2004
- Ignatieff, Michael: „Der Skandal ist für die USA so schlimm wie eine militärische Niederlage“. In: Neue Zürcher Zeitung, 23. 5. 2004
- Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK): „... in einigen Fällen das Ausmaß von Folter.“ Der vertrauliche Bericht des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz über Misshandlungen von Gefangenen in Irak durch Koalitionsstreitkräfte. In: Frankfurter Rundschau, 14. 5. 2004, Dokumentation
- Johnson, Chalmers: Der Selbstmord der amerikanischen Demokratie. München 2003
- Kagan, Robert: Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung. Berlin 2003
- Kleine-Brockhoff, Thomas: Die stille, dunkle Karriere der Folterknechte. In: Die Zeit, 27. 5. 2004
- Leyendecker, Hans: Die Lügen des Weißen Hauses. Warum Amerika einen Neuanfang braucht. Reinbek bei Hamburg 2004
- Mailer, Norman: Por el ego del hombre blanco. In: El País, 4. 5. 2003
- Mann, Heinrich: Der Untertan. München 1964
- Mann, Michael: Die ohnmächtige Supermacht. Warum die USA die Welt nicht regieren können. Frankfurt am Main 2003
- Mohr, Reinhard: Das Desaster des Westens. In: Spiegel Online, 11. 5. 2004
- Müller, Harald: Amerika schlägt zurück. Die Weltordnung nach dem 11. September. Frankfurt am Main 2003
- Nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten von Amerika. In: Tudyka 2003, S. 123–159. Auszüge in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/2002, S. 1505–1511
- Rorty, Richard: Kabale und Lüge. Der neue amerikanische Patriotismus. In: Frankfurter Rundschau, 19. 4. 2003
- Scherrer, Christoph: USA, Westeuropa und der persische Golf: Erinnerung an ein öliges Dreiecksverhältnis. In: Detlef Sack / Gerd Steffens (Hrsg.): Gewalt statt Anerkennung ? Aspekte des 11. 9. 2001 und seiner Folgen. S. 83–96
- Tudyka, Kurt P.: Hegemonie und Globokratie. Der Richtungsstreit um die Weltordnungspolitik zwischen Europa und USA. Baden-Baden 2003
- Walzer, Michael: Fehler mit System. Entfesselte Macht: Wer für die Folter im Irak verantwortlich ist. In: Frankfurter Rundschau, 15. 5. 2004
- Zumach, Andreas: Ein Jahr Irakkrieg. Bilanz eines Scheiterns. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/2004, S. 289–296

Anmerkung

¹ Eine erste, umfangreichere Version der folgenden Analyse ist unter dem Titel: Der Weltbürger. Zur Innenseite des imperialen Unilateralismus in Heft 11/2003 der *Blätter für deutsche und internationale Politik* erschienen.